

Region

Ein Quartier sucht seine Seele

Wankdorf-City Das Quartier soll leben. So wollen es nebst Beizern und Büroangestellten auch die Bauherren. Auf dem dritten Baufeld sollen keine Fehler wiederholt werden. Der Wohnanteil wird deshalb gesteigert.

Claudia Salzmann

Mittags strömen die Büroangestellten aus den Komplexen in der Wankdorf-City. Selbst jetzt, wenn viele noch im Homeoffice arbeiten. Abends hingegen fühlt sich der Spaziergänger zwischen den Häuserschluchten angespannt. Und allein. Die Studierenden, die in einem Gebäude in Wohngemeinschaften leben, haben das neue Semester noch nicht begonnen. Einzig im Hochhaus brennen Lichter, die Wohnungen sind bezogen, 150 sind es, rund 10 Prozent der Fläche. Ein Projektleiter, der seit drei Jahren in der Wankdorf-City tätig ist, ist mit der Belegung am Mittag zufrieden. Dies, weil Food-Trucks, das Restaurant Freibank und das Grillangebot der Kantinen für Vielfalt sorgen. Wenn er abends hier verweile, sitze er meist in der Freibank oder hole sich ein Bier aus dem Coop. Beim Feierabendbier sei dann auch mal Schluss, gegen 20 Uhr würden die meisten heimgehen.

Ein IT-Spezialist, der immer mal wieder in der Wankdorf-City arbeitet, findet deutliche Worte: «Von einer Belegung kann keine Rede sein. Man muss sich eingestehen, dass es gerade am Stadtrand Industriequartiere gibt.» Gescheitert ist dies seiner Meinung nach, weil viel Beton verwendet und keine einladenden Orte gestaltet wurden. «Die Wankdorf-City ist und bleibt ein Unort.» Bahnhöfe seien nie einladend, nirgends auf der Welt. Auch die achtspurige Autobahn helfe wenig.

Zwei Restaurants

Für Leben und Stimmung über den Feierabend hinaus sorgen das Restaurant Freibank und das neue Lokal Turbo Lama. Camil Schmid vom Turbo Lama sagt: «Das Gelände ist richtiggehend getötet worden, dies obwohl es zentrumsnah und sehr gut mit



Aus der Wankdorf-City soll ein urbaner und lebendiger Wohn- und Arbeitsort werden. Heute ist der Ort abends eher ausgestorben, einzig die Bar Turbo Lama zieht ein paar Leute an unter der Woche. Foto: Susanne Keller

dem ÖV erschlossen ist.» Er bekam den Zuschlag auch, weil er Erfahrung mit der Belegung der Einstiegterrasse auf der Grossen Schanze mitbringt. Sein neues Lokal befindet sich am Rosalia-Wenger-Platz, darüber befinden sich die bisher einzigen Wohnungen.

Die vor drei Jahren eröffnete Freibank ist laut den Betreibern mit dem Quartier gewachsen. «Unsere Aufgabe war und ist es, Leute aus den Komplexen zu holen», sagt Florian Jenzer, der das Lokal mit drei Partnern führt. Den Baustil bezeichnet er als charmebefreit. «Ich verstehe, wenn die Leute nicht an eine be-

lebte Wankdorf-City glauben. Aber man muss dem Ort zuerst eine Seele geben.»

Aus all diesen Fehlern will die Bauherrin des dritten Baufeldes, Immofonds, lernen: Der Wohnungsanteil soll auf 50 Prozent. «Das sind 400 bis 500 Wohnungen», sagt Gabriela Theus von Immofonds an der Medienorientierung vom Donnerstag. Ihr Baufeld liegt zwischen Bahngeleisen und der Autobahn. Dieser Lärmbelastung wirkt man mit einem Hochhaus von 75 Metern entgegen. Bis zur Höhe von 30 Metern befinden sich Büros und weiter oben die Wohnungen, so dass man die Motoren und die

Bahn weniger hört. Drei Modelle wurden an der Medienkonferenz kurz vorgestellt, an denen Nachbarn, Architekten, Landschaftsgärtner und Soziologen mitgedacht haben. «Damit keine Luftschlösser entstehen», so Theus. Der Favorit ist das Modell des Architekten Rolf Mühlethaler. Man will kleinteiliger bauen, ein «Wankdorf» soll entstehen, auf 5000 Quadratmetern sollen Bars und Beizen einziehen.

Die Lehren daraus

Charmelos, Häuserschluchten – solche Begriffe hat der Stadtplaner Mark Werren schon gehört.

«Wir wollen keine Betonwüste mehr und wollen keine Flächen versiegeln», sagt Werren bei der Geländebegehung. Wie man auf Feld 1 und 2 gebaut habe, daraus ziehe man Lehren. Und vielleicht könne man später dann dort kleinere Einheiten bauen. Die Pläne und das Modell sind noch nicht fertig, die Diskussionen gehen weiter. Der Baustart ist fürs Jahr 2023 angedacht. Immofonds, der schweizweit 130 Gebäude gehören, will einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag investieren. «Wir wollen bunter, farbiger und grüner werden», so Theus. Und ein Quartier mit Seele, das will sie auch.

Messerstich kommt jungen Mann teuer zu stehen

Prozess am Regionalgericht Fünf Jahre und vier Monate Gefängnis wegen versuchter Tötung: Ein 24-jähriger holte sich eine Hanfpflanze zurück und stach mit einem Messer zu.

Nach dem Plädoyer der Staatsanwältin am Dienstag war der Beschuldigte noch halbwegs guten Mutes. Mit der geforderten Freiheitsstrafe von 30 Monaten, 6 Monate davon unbedingt, hätte er gerade noch leben können. Er gab Luftküssen in Richtung seiner Freundin, die hinten im grossen Saal sass, und lächelte.

Als Gerichtspräsident Urs Herren am Donnerstagvormittag das Urteil eröffnete, schüttelte der junge Mann nur noch den Kopf. Je länger die Urteilsbegründung dauerte, desto weiter versank er in seinem Stuhl. Eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren und vier Monaten, damit hatte er nicht gerechnet. Zudem muss er dem Opfer eine Genugtuung von 5000 Franken bezahlen.

Kein Unfall

Das Verdikt des Regionalgerichts Bern-Mittelland lautet auf versuchte vorsätzliche Tötung und

versuchte schwere Körperverletzung. Der Beschuldigte hatte in einer Oktobernacht 2016 an der Haltestelle Melchenbühl in Gümli einen Mann gestellt, der zuvor im Garten der Eltern der Freundin eine Hanfpflanze geklaut hatte. Er stach dem Hanfklieb mit einem Sackmesser in die Brust und verpasste dem am Boden liegenden Opfer einen Tritt gegen den Kopf.

Das Opfer kann sich nicht mehr an viel erinnern. Einzig den Fusstritt schilderte er. Der Beschuldigte gab an, sein Gegenüber habe ihm zuerst einen Faustschlag auf die Nase verpasst. Im nachfolgenden Gerangel habe er dieses mit dem Sackmesser irgendwie erwischt. Er stellte den Messerstich als Unfall dar, den Fusstritt bestritt er.

Viele Widersprüche

Diese Version nahm das Gericht dem Beschuldigten nicht ab. «Im

Aussageverhalten hat es zu vielen Ungereimtheiten und Widersprüchen», begründete Urs Herren. Er habe seine Aussagen oft dem aktuellen Ermittlungsstand angepasst.

Der Gerichtspräsident wies auf eine Befragung hin, wo der Beschuldigte von einer «Kurzschlussentscheidung und dem grössten Fehler in meinem Leben» gesprochen hatte. Für das Gericht stand ohne Zweifel fest, dass er das Messer offen hatte, um zuzustechen. Verdächtig war ausserdem, dass er die Tatwaffe entsorgte. Und auch beim Fusstritt ist sich das Gericht sicher, dass der Beschuldigte ihn ausgeführt hat.

Ein heftiger Stich

Anders als die Staatsanwältin angeklagt hatte, handelte es sich für das Gericht beim Messerstich und beim Fusstritt um zwei getrennte Taten, weshalb es zwei

Schuldprüche gab und die Strafe deutlich höher ausgefallen ist. Der Messerstich wurde als versuchte vorsätzliche Tötung und nicht als schwere Körperverletzung taxiert. Immerhin habe die gut sechs Zentimeter lange Klinge eine Winterjacke, einen Pull-over, ein Shirt und die Haut durchstossen und sei in die Brusthöhle – nahe beim Herz – gelangt, sagte Herren.

Zwar sei die Verletzung nicht lebensbedrohend gewesen. Herren fügte aber sogleich an: «Es ist pures Glück, dass es nicht schlimmer geendet hat.» Er unterstellte dem Täter zwar keine Tötungsabsicht, aber er habe den Tod ihm Kauf genommen. Der Anlass zur Tat sei absolut nichtig gewesen: eine einzige gestohlene Marihuanapflanze.

Ebenfalls zum Tritt gegen den Kopf fand der Gerichtspräsident deutliche Worte: sinnlos und verwerflich. Ein derartiger Tritt kön-

ne zu schweren Verletzungen führen. Bedenklich sei, dass sich die Gerichte immer wieder mit solchen Fällen befassen müssten.

Massnahme statt Gefängnis

Das Gericht schickt den Verurteilten nicht ins Gefängnis, sondern in eine vier Jahre dauernde Massnahme für junge Erwachsene in einer geeigneten Einrichtung. Der Gutachter hatte das zwar wegen der fehlenden Motivation nicht empfohlen. Trotzdem entschied sich das Gericht für diesen Schritt. Dort könne er eine Berufslehre absolvieren. «Nehmen Sie diese Chance war», sagte Gerichtspräsident Urs Herren zum jungen Mann, der den richtigen Weg im Leben noch nicht gefunden hat.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Hans Ulrich Schaad

Mobility-Pricing erhält Support im Parlament

Zollikofen Die Gemeinde soll bei einem allfälligen Pilotversuch von Mobility-Pricing nicht abseitsstehen. Das Parlament hat ein Postulat für erheblich erklärt.

Zollikofen kennt es zur Genüge. Zu den Pendlerzeiten stauen sich die Fahrzeuge auf der Bernstrasse. Es geht nur im Schrittempo vorwärts. Mit dem Verkehrsmanagement Bern-Nord, das im nächsten Jahr startet, will der Kanton die Verkehrsflüsse innerorts besser steuern, dank einem Dosierungssystem ausserhalb des Siedlungsgebiets. Aktuell wird auf nationaler Ebene ein anderes Lenkungssystem diskutiert: das Mobility-Pricing. Dabei wird versucht, mit verkehrsabhängigen Abgaben die Spitzen zu glätten. Die Bundesbehörden suchen interessierte Städte und Gemeinden, die bei einem Pilotversuch mitmachen wollen. Eine mögliche Region ist die Agglomeration Bern. Der Gemeinderat der Stadt Bern hat sein Interesse bereits bekundet. Im Grossen Rat wurde ein Postulat überwiesen, damit sich der Kanton für einen Pilotversuch starkmacht.

Mitreden können

Bei einem solchen Versuch dürfe die Gemeinde Zollikofen nicht abseitsstehen, findet Bruno Vanoni (GFL). Er hat im Grossen Gemeinderat eine entsprechende Motion eingereicht. In der Sitzung vom Mittwochabend hat das Parlament den Vorstoss in der abgeschwächten Form als Postulat mit 22 zu 14 Stimmen für erheblich erklärt, gegen den Antrag des Gemeinderats.

«Ein solcher Versuch macht nur Sinn, wenn er regional stattfindet», sagte Vanoni in der Debatte. Wenn man dabei sei, könne man auch mitreden. Mit einem Ja zum Postulat stärke das Parlament dem Gemeinderat für Verhandlungen den Rücken. Zollikofen müsse offen sein für Neues, und das Mobility-Pricing sei ein interessanter Ansatz.

Die SP und die Mitteparteien unterstützten den Vorstoss. Es sei wichtig, das bestehende Strassennetz intelligent zu nutzen, denn der Strassenverkehr werde weiter zunehmen, führte Rudolf Gerber (SP) aus. «Oder wollt ihr Landwirtschaftsland für mehr Strassen opfern?»

Gemeinderat ist dagegen

«Der Gemeinderat will grundsätzlich kein Mobility-Pricing», betonte Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP). Man befürchte Nachteile für Zollikofen als Wirtschafts- und Wohnstandort. Bern könne nicht verglichen werden mit grossen europäischen Städten, die das System verwenden. Die SVP unterstützte die Exekutive in ihrer Haltung. Der Verkehr werde nicht reduziert, sondern nur verteilt, sagte Peter Nussbaum. Damit habe Zollikofen den ganzen Tag Stau. Zuerst sollten die Erkenntnisse des Verkehrsmanagements abgewartet werden. Das Mobility-Pricing sei zudem ungerecht, ergänzte Nussbaum. Wer fixe Arbeitszeiten habe, könne nicht ausweichen. Betroffen seien besonders Personen in Berufen, die nicht zu den gut bezahlten gehörten.

Ähnliche Vorstösse wie in Zollikofen sind in Köniz und Muri-Gümligen ebenfalls hängig.

Hans Ulrich Schaad